



# GKKE

Gemeinsame Konferenz  
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church  
and Development

---

## Auf dem Weg zu einer restriktiven Rüstungsexportpolitik?

Wird die neue Bundesregierung liefern?

**Podiumsdiskussion am 16. April 2018 um 18.00 h**

in der Dienststelle des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland  
Charlottenstraße 53/54 - Gendarmenmarkt - 10117 Berlin

Im Koalitionsvertrag hat sich die Große Koalition unter der Überschrift „Für eine restriktive Rüstungsexportpolitik“ die folgenden Ziele gesetzt: „Wir schränken die Rüstungsexporte für Drittländer weiter ein, die weder NATO noch EU-Mitgliedsländer sind, noch diesen gleichgestellt. Ergänzend zu den Kleinwaffen-grundsätzen vom Mai 2015 sollen Kleinwaffen grundsätzlich nicht mehr in Drittländer exportiert werden. Wir schärfen noch im Jahr 2018 die Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000 und reagieren damit auf die veränderten Gegebenheiten. Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.“ Wird es der Großen Koalition tatsächlich gelingen, die Schere zwischen den schon jetzt durchaus restriktiven Vorgaben und der eher großzügigen Genehmigungs-praxis von Rüstungsexporten zu schließen?

Bei der Vorstellung ihres Rüstungsexportberichts in der Bundespressekonferenz im Dezember 2017 in Berlin kritisierte die GKKE, dass der Krieg im Jemen auch mit deutschen Waffen geführt wird und forderte einen Stopp sämtlicher Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien. *Weitere Forderungen der GKKE finden Sie auf der Rückseite.* Können von der neuen Bundesregierung jetzt echte Fortschritte auf dem Weg zu einer restriktiven Rüstungsexportpraxis erwartet werden? Welche Chancen hat dabei ein von der GKKE geforder-tes Rüstungsexportkontrollgesetz? Was kann getan werden, um eine Umgehung der vorhandenen Export-beschränkungen durch *Joint Ventures* bzw. Tochterfirmen der Rüstungsindustrie in der Türkei, den USA oder Südafrika einzudämmen? Über diese Fragen möchten wir diskutieren.

Begrüßung: **Prälat Dr. Martin Dutzmann**, Evangelischer Vorsitzender der GKKE, Berlin

Podiumsdiskussion:

- **Dr. Karl-Heinz Brunner** MdB, Verteidigungsausschuss, SPD, Berlin
- **Katja Keul** MdB, Verteidigungsausschuss, Bündnis 90 / Die Grünen, Berlin
- **Dr. Max Mutschler**, GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte, Internationales Konversionszentrum, Bonn
- **Klaus-Peter Willsch** MdB, Ausschuss für Wirtschaft und Energie, CDU, Berlin

Moderation: **Gertrud Casel**, Deutsche Kommission Justitia et Pax / GKKE, Bonn

Im Anschluss an die Diskussion wollen wir um 20.00 h Gertrud Casel verabschieden, die über 15 Jahre die katholische Geschäftsführung der GKKE wahrgenommen hat. Dazu laden wir zu einem Empfang ein.

Ihre Anmeldung mit der beigefügten Rückantwort erbitten wir bis zum 09. April 2018 an GKKE, Charlottenstr. 53/54 10117 Berlin, Tel. 030 – 65211-1891, Fax 030 – 65211-3890 oder [eva.abboud@gkke.org](mailto:eva.abboud@gkke.org) Stand: 14.03.2018

## Kernforderungen GKKE

1. Die GKKE hält an ihrer Forderung nach einem Rüstungsexportkontrollgesetz fest und fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag dazu auf, ein solches Gesetz auszuarbeiten.
2. Generell fordert die GKKE die Bundesregierung dazu auf, sich an ihre selbstgesetzten Grundsätze zu halten und keine Kriegswaffen mehr an Drittstaaten zu liefern, es sei denn, sie kann tatsächlich besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen nachweisen. Diese sollte sie dann explizit benennen.
3. Die GKKE fordert die Bundesregierung dazu auf, sämtliche Rüstungsausfuhren nach Saudi-Arabien zu stoppen. Dazu gehört auch die Zulieferung von Komponenten an Dritte, welche diese in Waffensysteme integrieren und an Saudi-Arabien exportieren.
4. Die GKKE fordert die Bundesregierung dazu auf, Anträge für Rüstungsexporte in die Türkei bis auf weiteres abzulehnen. Bereits erteilte Ausfuhrgenehmigungen sollten widerrufen werden.
5. Die GKKE lehnt in der jetzigen Situation eine weitere Belieferung der Peschmerga mit Waffen aus Deutschland ab. Die Bundesregierung sollte keine weiteren Lieferungen mehr durchführen. Die GKKE fordert den Deutschen Bundestag dazu auf, das Mandat für die Ausbildung der Peschmerga durch die Bundeswehr nicht weiter zu verlängern.
6. Die GKKE schließt sich den Forderungen des Europäischen Parlaments nach der Einrichtung eines Aufsichtsgremiums für die Überwachung von Rüstungsexporten sowie der Etablierung eines Sanktionsmechanismus für Mitgliedstaaten, die sich nicht an den Gemeinsamen Standpunkt halten, an. Sie fordert die Bundesregierung dazu auf, sich in diesem Sinne für eine Stärkung der Rüstungsexportkontrolle auf EU-Ebene einzusetzen.

*Auszug aus dem Rüstungsexportbericht 2017 der GKKE, Heft 66 der GKKE Schriftenreihe, S.8*

[www.gkke.org](http://www.gkke.org)

---